

Die programmierte CDU

Von Herbert Wehner

Es gab eine Zeit, in der Abgeordnete und andere Sprecher der CDU es weit von sich wiesen, Auskunft über das Programm der CDU zu erteilen. Sie gaben auf entsprechende Fragen in der Regel zur Antwort, eine Partei wie die CDU, die durch ihre Regierungstätigkeit und die von ihr gestellten regierenden Persönlichkeiten öffentlich ausgewiesen sei, bedürfe nicht eines Programmes, wie es andere Parteien nötig hätten, die eben nicht wie die CDU öffentlich ausgewiesen seien.

Diese Zeit ist offensichtlich vorüber. Vom 4. bis 7. November 1968 veranstaltete die CDU in Berlin ihren 16. Bundesparteitag, der vornehmlich den Entwurf eines Aktionsprogramms der CDU zu diskutieren und den endgültigen Text dieses Programms zu beschließen hatte. Die Referate des Vorsitzenden der CDU, des Generalsekretärs der Partei und des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU dienten der Interpretation der aktuellen Politik der CDU mit Blick auf dieses Programm.

Der Entwurf des Aktionsprogramms war viele Monate lang Gegenstand von internen und öffentlichen Erörterungen gewesen. Es würde reizvoll und aufschlußreich sein, den Veränderungen nachzugehen, die dieser Entwurf in jenen Monaten durchgemacht hat. Sie sind nichts anderes als Ausdruck der Aufmerksamkeit, mit der besonders die auf morgen und übermorgen orientierten Kreise in der CDU die Wirksamkeit ihrer Partei im politischen Wettbewerb mit der SPD berechnen.

Folgen der Großen Koalition

Nicht weniger reizvoll und aufschlußreich wird es sein, das inzwischen ebenfalls beschlossene Programm der CSU mit dem der CDU zu vergleichen. Dieser Vergleich wird zusätzliche Anhaltspunkte dafür geben, was im Wettbewerb mit der SPD als attraktiv angesehen wird und welche Unterschiede es dabei, ungeachtet des gemeinsamen Generalnenners, zwischen CDU und CSU gibt; sie sind kaum lediglich landschaftlich bedingt. Zu den mit der Großen Koalition in Bonn zutage getretenen Notwendigkeiten gehört offensichtlich die Notwendigkeit, die CDU und CSU durch Programme auszuweisen, die sachliche Anhaltspunkte für die Wähler bieten.

Man mag über die im Dezember 1966 gebildete Große Koalition denken wie man will, die Notwendigkeit zur Versachlichung der Eigen-darstellung der Parteien und zur Versachlichung der politischen Diskussion ist eine positive Folgeerscheinung der Großen Koalition. Damit ist freilich nicht gewährleistet, daß die sachliche Diskussion und die echte, unverfälschte Information im Wahlkampf des Jahres 1969 vorherrschend sein werden. Sowohl der Parteitag der CDU als auch der Kongreß der CSU haben gezeigt, wie ungeduldig manche auf das Signal zum Aufeinanderschlagen warten. Dennoch: die Spuren der Regierungstätigkeit der SPD im Bund werden so leicht nicht auszu-tilgen sein.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag sagte den

Delegierten des CDU-Parteitag, seine Fraktion würde lieber an die Stelle des durch Koalitionszwänge bewirkten "Vielleicht" wieder das klare Ja und Nein, die klare Führung durch klare Mehrheiten und das normale Spannungsverhältnis zwischen den großen Parteien treten lassen, und der Generalsekretär der CDU bezeichnete als Ziel, das von der Partei angestrebt werde, "die klare Mehrheit". In München drückte der Generalsekretär der CSU es originellerweise so aus, daß seine Partei "ohne die Bremse der SPD" regieren möchte. Das sind verständliche Wünsche; fragt sich nur, wohin man konkret will und wozu man im einzelnen am liebsten das klare Ja und Nein sagen möchte.

Den Sozialdemokraten kann es nur lieb sein, wenn CDU und CSU klar Ja und Nein sagen und wenn erkennbar wird, wozu und warum sie es sagen. Der Generalsekretär der CDU hat eingeräumt: "Natürlich sieht die Politik der Union in einer Koalition mit den Sozialdemokraten anders aus als in einer kleinen Koalition." Etwas beschwichtigend und ablenkend hat er jedoch hinzugefügt, diese Politik der Union sei in der Koalition mit den Sozialdemokraten "nicht ganz anders". Es scheint, daß Programme der Union, zustandegebracht während einer Koalition mit den Sozialdemokraten, die Eigenart haben, auch "anders" auszusehen. Die CDU hat offenbar das Bedürfnis, den Koalitionspartner zu überflügeln, und geschähe das auch nur mit Hilfe erheblicher Anleihen bei diesem Partner. Es ist verständlich, daß die CDU die Sozialdemokraten loswerden möchte. Das verspricht sie sich anscheinend dadurch, daß sie verspricht, vieles so zu machen, wie den Sozialdemokraten zugetraut wird, es zu machen.

Wer bremst wen?

Der Generalsekretär der CDU hat in Berlin generös gesagt: "Niemand von uns denkt daran, die Verdienste der Sozialdemokraten nicht zu sehen und nicht anzuerkennen." Er hat betont: "Die Sozialdemokraten haben sich der Verantwortung gestellt, als sich die Liberalen ihr verweigert haben." Aber mit einem kleinen, netten Trick hat er dann einschränkend hinzugefügt, "aber auch die Sozialdemokraten" hätten "damals offensichtlich nur eine Möglichkeit gesehen, "die Verantwortung mitzuübernehmen, nämlich zusammen mit" der CDU. Ohne Zweifel gab es 1966 nur die Möglichkeit, entweder die schwelende Krise zur offenen Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit auszuwachsen zu lassen oder "Verantwortung mitzuübernehmen", nachdem die bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU und FDP weder bereit noch imstande waren, die Verantwortung zu tragen, beide aber auch nicht willens waren, den Weg zur Neuwahl des Bundestages freizugeben.

Aber der Generalsekretär der CDU möchte, man möge es so sehen: Die Sozialdemokraten vermögen zu regieren nur dank der CDU und nur an deren Leitseil! Er möchte - bleibt man in seinem Bilde - die Sozialdemokraten, die nach seinen Worten "manchmal unbefangener zupacken", allerdings "auch unbefangener daneben packen." als die CDU, zugleich als die einer Bremse bedürftige Kraft in der Bundesregierung hinstellen. Sein Kollege, der Generalsekretär der CSU, beliebt eine andere Idee zu entwickeln. Nach ihm sind die Sozialdemokraten für die CSU eine "Bremse". Es ist für die CDU, die sich als die geborene und gegebene Regierungspartei versteht (so sehr, daß einer ihrer Wortführer in Westfalen einmal zu verstehen gab, sie könne als Oppositionspartei eigentlich nicht taugen), sicher schwer zuzugeben, daß eine andere große Partei ebenfalls regieren kann und daß es in Wirklichkeit darum ginge zu sagen, welche Richtung durch die

eigene Regierung eingehalten werden soll.

Die eigenständige bayerische Schwester der CDU, die CSU, die sich in ihrem Programm nunmehr als "auch konservativ" bezeichnet, hat es da etwas leichter als die CDU selbst. Sie kann sich mehr um den konservativen Tiefgang kümmern und darum, Kurven weit rechts auszufahren. Sie kann im Bayernland den Eindruck erwecken, als sei sie gehindert Wesentliches zu tun, weil sie von den Sozialdemokraten in Bonn gebremst werde. Sie kann auch in Bonn ihre nichtbayerische Schwester die CDU, nötigen, Wesentliches zu unterlassen, weil eben faktisch die CSU die CDU bremst. Aber die Stoßseufzer derjenigen, die sich gebremst fühlen oder den Eindruck machen möchten, sie könnten viel mehr tun, wenn man sie nicht bremste, sagen noch nichts darüber aus, was zu leisten sie selbst imstande wären, wenn sie die dafür notwendige Zahl von Mandaten erhielten. Dies gilt jedenfalls solange, wie sie im Grunde genommen nur ein Sortiment von politischen Leistungsversprechen anbieten, das fast alles enthält, was sie bei denen, die sie ansprechen, als erwünscht vermuten.

Säuerliches über Schiller

Der Generalsekretär der CDU hat in seinem Parteitagebericht versucht, den Bundesminister für Wirtschaft; den Sozialdemokraten Professor Karl Schiller, als der Lebenshilfe der CDU bedürftig einzustufen. Er gestand ihm zwar zu - wenn auch ein wenig säuerlich -, "schon neue Elemente, nicht nur eine neue Sprache in die soziale Marktwirtschaft einpraktiziert" zu haben, aber - von dem kleinen auf Schmunzeln berechneten Seitenhieb, "nicht nur eine neue Sprache" einmal abgesehen - Schiller soll nur dank der CDU davor bewahrt geblieben sein, "mit einem dritten Investitionshaushalt und mit seiner sogenannten Investitionssteuer übers Ziel hinauszuschießen". Mild in der Form, aber streng in der Sache übte der CDU-Generalsekretär im Darüberwegstreichenden Kritik am sozialdemokratischen Wirtschaftsminister: "Bei ihm ist das Rechenhafte in den Vordergrund gerückt." Dabei blieb es dem Hörer überlassen, ob es eigentlich für einen Wirtschaftsminister ein sehr strenger Tadel oder eher ein Hinweis darauf sei, daß man sich bei diesem Professor vorsehen müsse. Das umso mehr, als der scharfsichtige Generalsekretär schon vorher gerügt hatte, die Opfer, die mit dem Ausgleich des Haushalts über die mittelfristige Finanzplanung und der Finanzierung der notwendigen Prioritäten verbunden waren, seien große Opfer gewesen, und "diese Opfer auf sich zu nehmen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten, war sicher weniger angenehm, als die Milliardenbeträge der Eventualhaushalte zu verteilen". Peng! Das muß doch sitzen. Es bleibt nur noch übrig, die Frage nachzuschieben (der CDU-Generalsekretär sagte höflich: "Wird die Frage erlaubt sein", "ob er" - nämlich der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller - "die soziale Marktwirtschaft der Regierung Kiesinger in seiner eigenen Partei ohne uns ("ohne uns" ist die CDU) hätte durchsetzen können".

Scherz beiseite: Ohne die CDU - nämlich ohne die von der CDU mitzuverantwortenden Krisenerscheinungen - wäre Professor Karl Schiller 1966 wohl nicht genötigt gewesen, in eine harte Regierungsarbeit einzusteigen und darum bemüht zu sein, die konjunkturelle Talfahrt zu stoppen und einen neuen konjunkturellen Aufschwung zustande zu bringen. Ohne die beiden Investitionshaushalte aber, die gegen die Fraktion der FDP und gegen den inhaltenden Widerstand nicht unerheblicher Teile der CDU/CSU durchgesetzt werden mußten,

wäre dieser Aufschwung nicht zu schaffen gewesen.

Damit unsere Marktwirtschaft wieder soziale Züge annehmen konnte, bedurfte es sozialdemokratischer Spritzen. Opfer dafür auf sich zu nehmen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten, war eine gemeinsame Notwendigkeit, aus der sich niemand nachträglich hinauszumogeln versuchen sollte. Hätte man sich 1966 damit begnügt, im Streit darüber zu verharren, wer was versäumt und verschuldet oder wer an anderer Stelle des Guten zuviel getan habe, so wären nicht nur die Opfer ungleich schmerzlicher geworden, sondern es hätte vielleicht gar nichts mehr zu einer positiven Wirkung gebracht werden können. Daß die CDU, um die Ungebrochenheit ihres legendären Ruhmes als Regierungspartei zu demonstrieren, den Bundeskanzler, der im November 1966 abtreten mußte, 1967 zu ihrem Ehrenvorsitzenden erwählte, ist allein ihre Angelegenheit und ändert nichts an den schwierigen Tatsachen, für die er verantwortlich war und an denen er scheiterte.

Ebensowenig wie es zur Lösung der Probleme beigetragen hätte, wenn die beiden großen Parteien 1966 im Clinch des Streitens um die Ursachen der Krise verblieben wären, würde es kaum zur erwünschten Klärung der tatsächlichen und lebenswichtigen Probleme der deutschen Politik im Übergang zu den siebziger Jahren führen, wenn die großen Parteien jetzt in den Clinch eines Programmwettstreites gingen.

Man bietet vielen vieles

Heute ist es notwendiger denn je, die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 aus der Tasche zu holen und sich Satz für Satz zu vergegenwärtigen, warum dies damals so und nicht beliebig anders zu Papier gebracht werden mußte, wie weit man mit den damals als notwendig und möglich erachteten Schritten gekommen ist und welche neuen Notwendigkeiten im Lichte der Erfahrungen, die man inzwischen hat machen können, für eine überschaubare Strecke des Weges sich ergeben.

Der Generalsekretär der CDU meinte in seinem Bericht an den Berliner Parteitag, wir machten in der Bundesrepublik heute eine ähnliche Erfahrung wie in Weimar: "Dauerregierungen der Mitte, ohne eigentliche, ohne wirkliche Alternative stärken die Radikalen rechts und links." Er sagte, es könne nur nichts Gefährlicheres eintreten, als daß linksradikaler Extremismus die Rechte stärke und das Anwachsen der Rechten wiederum die Linke provoziere und radikalisiere. Dagegen - so postulierte er - gebe es nur ein Rezept: "Die Mitte muß sich wieder in Regierung und Opposition teilen."

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß damit vorweggenommen sein sollte, was wie eine Antwort auf die "auch konservative", eigenständige CSU in Bayern ausgelegt werden könnte. Ohne mit dem CDU-Generalsekretär jetzt in eine tiefere Prüfung der tatsächlichen Entwicklungen in der Weimarer Republik eintreten zu wollen, die er doch wohl etwas sehr summarisch zusammengefaßt hat, und ohne die wesentlichen Unterschiede der politischen Lebensbedingungen unserer Bundesrepublik im geteilten Deutschland zur ersten deutschen Republik 1918-33 hier darlegen zu können (siehe Heft 6/68 "Die Neue Gesellschaft"), muß die CDU doch aufgefordert werden, zu verdeutlichen, was sie selbst im Schlußwort ihres Berliner Programms so umschrieben hat: "Wir wissen, unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist

ist nicht vollkommen. Manches bleibt zu tun. Wir müssen eine überzeugende Antwort geben auf die Herausforderung unserer Zeit. Die deutsche Demokratie muß frei sein von Elementen totalitären Denkens und nationalistischer Ansprüche; bereit, sich ständig zu erneuern, soll sie offen sein für eine friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern und Staaten."

Wenn alles richtig und fehlerlos gewesen sein soll und wenn die CDU zum Zurückliegenden, das sie kritiklos als ihr Verdienst in Anspruch nehmen möchte, nur zu schreiben weiß: "Was dem deutschen Volk, was der Union nicht zu erreichen gelang, hing nicht von seiner Anstrengung, nicht von unserem Willen ab: die Einheit des Landes und der Nation, die politische Einigung Europas und die friedliche Ordnung der Welt bleiben die großen Ziele. Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik muß als gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden" - dann bleibt leider allzuvielles verschwommen und im Nebel.

Die 106 Punkte des CDU-Aktions-Programms, die in zehn Kapiteln eingeordnet sind, bieten vielen vieles. Aber der umfangreiche Katalog enthält dort, wo geflötet werden müßte, eigentlich nur die Umschreibungen des Mundspitzens. Die CDU ist bemüht gewesen, reformfreudig zu erscheinen. Aber sie hat wie ein Schwamm so viele Interessentenwünsche aufgenommen, daß es schwer sein wird, sie beim Wort zu nehmen.

Beispiel: Mitbestimmung

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Kiesinger, hat in seiner Schlußansprache lobend gesagt: "Ich bin besonders stolz darauf, daß meine Voraussage über das Ergebnis der Beratungen zur Mitbestimmung eingetroffen ist. Wenn man einen Blick in die deutsche Presse wirft, dann kann man feststellen, daß überall, eigentlich von allen - ich habe keine Ausnahme gesehen -, diesem Parteitag ein ganz hohes Lob gezollt wird über die Höhe des Niveaus der Aussprache über die Mitbestimmung einerseits und andererseits über die Kraft der CDU, in einer so schwierigen und gefährlichen Frage zu einem guten Ausgleich zu kommen. Ich beglückwünsche Sie dazu."

Wer sich darüber orientieren will, was die CDU zum Stichwort Mitbestimmung zu sagen hat wird es indessen schwer haben, klare Vorstellungen zu entdecken. Die CDU "bekennt" sich "zu einem modernen und fortschrittlichen Unternehmensrecht", und sie erklärt: "das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten". Aber "bei einer Neuordnung des Unternehmensrechtes darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten von organisierten Interessen nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden". Durch "Arbeitnehmerkammern" soll "die überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im sozialwirtschaftlichen Bereich gesichert werden". Die CSU andererseits hat eine eigenständige knappe Passage zum Stichwort Mitbestimmung durchgehen lassen. Ähnlich ist es manchen Themen ergangen, die öffentlich zur Diskussion stehen und zu denen die CDU oder die CSU zwar etwas sagen, aber nichts Bestimmtes

zu erkennen geben möchte.

Wer sich die Mühe macht, die sozialdemokratischen Programmtexte und Grundsatzbeschlüsse mit den 106 Punkten des CDU-Programms zu vergleichen, der wird den Eindruck gewinnen, daß die CDU das Bedürfnis empfunden hat, zu eigentlich allen sozialdemokratischen Aussagen auch etwas zu formulieren. In manchen Sachbereichen sind dabei allerdings bestimmte Interessengruppen besonders nachdrücklich wirksam gewesen. Anderen Punkten merkt man es gleichsam an, daß sie eine Art von Merkposten darstellen, die zwar mitgeführt werden, denen aber kaum Nachdruck verliehen werden wird, wenn es zum Schluß kommt. Die CDU möchte vielerlei Posten besetzt halten, ohne ihnen eine praktische Bedeutung beizumessen, jedenfalls keine andere als die, auch etwas dazu gesagt zu haben. Das wäre nicht gefährlich, wenn erkennbar würde, wozu die CDU wirklich Ja und wozu sie wirklich Nein sagen wird. Aber es könnte gefährlich werden, wenn eine Entleerung des Wertes programmatischer Festlegungen einer großen demokratischen Partei festzustellen wäre, wenn - mit anderen Worten - eine Partei zu beinahe allen Fragen allen etwas zu bieten scheint, in der Tat aber die wesentlichen Probleme, auf deren positive Lösung alle angewiesen sind, zu kurz kämen. Deshalb kann nicht dringend genug betont werden, daß es notwendig ist, sich auf die Regierungserklärung vom Dezember 1966 zu besinnen und damit anzufangen, Punkt für Punkt zu prüfen, weshalb man 1966 dazu gezwungen war, die Wegzeichen so und nicht anders zu setzen. Was inzwischen an Erfahrungen hinzugewonnen worden ist, das mag willkommen sein, um die damals gekennzeichneten Ansätze weiter zu entwickeln und in mancher Hinsicht durch entschiedener Orientierungen zu ergänzen. Manche Erfahrungen in den Bereichen der Außen- und der Deutschlandpolitik, ebenso wie im Bereich der Verteidigungspolitik einschließlich des Bemühens um Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung erfordern solche präzisen Orientierungstafeln.

Sowohl als auch

In einigen Sachbereichen hat die CDU viele aufgegliederte Forderungen aneinandergereiht; so in den Bereichen, die sie unter "Bildung, Jugend, Kunst, Forschung" zusammenfaßt. Aber es hat sich schon nach kurzer Zeit gezeigt, daß zum Beispiel die Ankündigung, die im Kapitel "Reform der Demokratie" aufgeführt worden ist: "Auf dem Gebiet des Bildungswesens ist zur Förderung und Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder ein Bundesministerium zu errichten und dem Bund eine Rahmenkompetenz zu übertragen", auf den entschiedenen Widerspruch sehr einflußreicher CDU- und CSU-Persönlichkeiten in Länderregierungen gestoßen ist. Man kann nicht übersehen, daß CDU und CSU nicht nur Ja oder Nein sagen möchten, sondern offenbar sowohl Ja als auch Nein.

Hier liegt eine Gefahr, die der CDU-Generalsekretär offenbar außer acht gelassen oder jedenfalls nicht erwähnt hat, als er erklärte, es gebe "nur ein Rezept", nämlich: "Die Mitte muß sich wieder in Regierung und Opposition teilen." Vor allem muß die Mitte sich entscheiden, wozu sie Ja und wozu sie Nein sagen will. Sie darf nicht den Anschein erwecken oder verstärken, als wolle sie sowohl geben als auch nehmen, was jeweils die einen oder die anderen haben oder nicht haben wollen. Hier liegen die Fallgruben

der Gefälligkeitspolitik. Hier steckt der Herd der Unglaubwürdigkeit und der Vertrauenskrisen. Hier ist der Anreiz zur Abkehr von der konstruktiven demokratischen Mitwirkung, hin zu extremistischen Grupplerungen.

Das "Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands" in Ost-Berlin hat in einem Buch, das den Titel trägt "CDU/CSU - Kreuzritter des Kapitals", bewiesen, daß nicht nur die "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" (SED), sondern auch die gleichgeschaltete Ost-CDU das Blaue vom Himmel über die Bundesrepublik und die in ihr tätigen politischen Parteien herunterfaseln können. In diesem "Blaubuch", wie es der besagte Hauptvorstand selbst bezeichnet, wird behauptet, daß sich "die CDU/CSU in den letzten Jahren von einer im wesentlichen konservativ und klerikal geprägten Partei zu einer radikalen Rechtspartei entwickelt" habe.

Die CDU muß gegen solche bössartigen Verleumdungen nicht in Schutz genommen werden, die nur Haß erzeugen sollen. Aber auf eine Gefahr verdient die CDU aufmerksam gemacht zu werden: auf die immer noch nicht überwundene Gefahr, sich selbst mit dem Staat zu verwechseln, oder sich so zu verstehen und zu verhalten, als genüge es, daß sie regiert, weil sich dann schon allemal einrichten lassen werde, wie das geschieht.

Die CDU hat zu viel von dem, wovon die SPD noch zu wenig hat: Sinn für den Umgang mit der Staatsgewalt.

Wenn neuerdings die CDU aufzuholen scheint, wovon die SPD entschieden mehr hat: Sinn für programmatische und grundsätzliche Festlegungen oder wenigstens Aussagen, so wäre damit noch keineswegs ausgeglichen, woran es ihr nach wie vor mangelt: Fähigkeit zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Es ist nicht zu bestreiten, daß die CDU sich bemüht, als politische Partei effektiver zu werden. Solange die Effektivität aber vorwiegend darin gesehen und daran gemessen wird, ob es ihr gelingt, am "Drücker" zu bleiben, und wäre es gar um den Preis von nicht unerheblichen Zweideutigkeiten, so lange erfüllt sie die Aufgabe nicht, die sie sich selbst stellte, als sie im Schlußwort ihres Berliner Programms erklärte: "Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland muß als gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden."

Aus: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Januar/ Februar 1969